



Drei Ratsmitglieder, darunter auch der Fraktionsvorsitzende des Bürgerforums, stimmten für den Antrag. Sieben stimmten dagegen und zwei (Bürgermeister und CDU-Fraktionsvorsitzender) enthielten sich der Stimme. Damit war der Antrag abgelehnt.

Ratsmitglied:
Regina Wohlschläger

Birgit Holzer hat aus gesundheitlichen Gründen auf ihr Ratsmandat verzichtet. Wegen Teilnahme an einer Therapiemaßnahme konnte sie auch an der letzten Ratssitzung nicht teilnehmen.

Der Wahlleiter hat als Nachrückerin Regina Wohlschläger ermittelt. Sie wurde zu Beginn der Ratssitzung vom Bürgermeister über ihre Pflichten belehrt und verpflichtet.

Der Rat bestätigte einstimmig den Wechsel und hieß Regina Wohlschläger herzlich willkommen.

Veränderungen in den Fach-ausschüssen

Das Ausscheiden von Birgit Holzer und das Eintreten von Regina Wohlschläger in den Rat hat die SPD-Fraktion zu Änderungen in den Ausschussbesetzungen veranlasst.

Seniorennachmittag im Herbst:

Der Sozialausschuss empfiehlt, dass im Herbst der Seniorennachmittag nachgeholt wird. Die SPD-Fraktion schlug vor, bei dieser Gelegenheit eine Befragung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchzuführen. Dazu wurde von der SPD-Fraktion ein Fragebogen entworfen, mit dem die Wünsche von Seniorinnen und Senioren an die Kommunalpolitik ermittelt werden könnten.

Anfragen

Bernd Hein fragte nach, wann endlich die Grünflächen gepflegt werden. Es gab dazu eigenwillige Diskussionsbeiträge der Grünen und des Bürgerforums. Der Gemeindedirektor berichtete, dass er dafür bereits tätig geworden ist. Außerdem wurde reklamiert, dass die Wasserpumpen auf den Spielplätzen repariert werden müssen. Auch das soll rasch erfolgen. Schülerferientickets, gäbe es dieses Jahr auch, obwohl es keinen Ratschluss gibt, antwortete der Gemeindedirektor auf Nachfrage. Leider fehlt ein entsprechender Aushang auf der Info-Tafel.

Barendorf will Kinderkrippen abgeben

27.07.2012

Neues Ratsmitglied:

Regina Wohlschläger

Birgit Holzer hat aus gesundheitlichen Gründen auf ihr Ratsmandat verzichtet. Wegen Teilnahme an einer Therapiemaßnahme konnte sie auch an der letzten Ratssitzung nicht teilnehmen.

Der Wahlleiter hat als Nachrückerin Regina Wohlschläger ermittelt. Sie wurde zu Beginn der Ratssitzung vom Bürgermeister über ihre Pflichten belehrt und verpflichtet.

Der Rat bestätigte einstimmig den Wechsel und hieß Regina Wohlschläger herzlich willkommen.

Veränderungen in den Fach-ausschüssen

Das Ausscheiden von Birgit Holzer und das Eintreten von Regina Wohlschläger in den Rat hat die SPD-Fraktion zu Änderungen in den Ausschussbesetzungen veranlasst.

Die Abgabe der Kinderkrippen an die Samtgemeinde Osthede war das zentrale Thema der Ratssitzung am 24.7.2012.

Ab dem 1.8.2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf eine Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Die Erfüllungspflicht haben die Gemeinden. In der Samtgemeinde Osthede ist die Ausgangslage (Stichtag 31.12.2010) folgende.

Allein für **Barendorf** müssen zu den vorhandenen Kinderkrippenplätzen acht neue gebaut werden. Nach Auskunft der Kinderkripplenleiterin gibt es eine Warteliste mit etwa 20 Kindern. In **Wendisch Evern** fehlen 14 Plätze. In Neetze sind die notwendigen Kinderkrippenplätze vorhanden. Die Gemeinde **Thomasburg** hat einen Vertrag mit der Gemeinde Neetze, dass ihre Kinder dort aufgenommen werden. Die Gemeinden **Vastorf**, **Reinstorf** und **Wendisch Evern** haben einen solchen Vertrag mit Barendorf.

Mit der Übertragung der Aufgabe „Kinderkrippen“ auf die Samtgemeinde würde diese die Erfüllungspflicht übernehmen. Dazu wäre die Samtgemeinde auch freiwillig bereit.

In Barendorf und Wendisch Evern müsste jeweils eine neue Kinderkrippe gebaut werden. Öffentliche Zu- schüsse zum Bau neuer Kinderkrippen gibt es.

Aber bei den Baukosten bleibt es ja nicht. Die Kosten für Personal, die ständig steigenden Belastungen für Betrieb und Unterhalt kommen dazu. Das Land übernimmt davon nur 43 %. Die Gemeinde muss 67 % bezahlen. Gerade diese laufenden Ausgaben sind es, die für Barendorf nahezu unlösbare Finanzierungsprobleme brächten. Die Verwaltung hat eine jährliche Haushaltsbelastung von ca. 60.000 Euro pro Kinderkrippe ermittelt. Bei zwei Kinderkrippen müssten 120.000 Euro im Haushalt vorsehen werden.

Natürlich müsste auch die Samtgemeinde dafür das Geld haben. Die wird bekanntlich durch eine Samtgemeindeumlage, die von allen Gemeinden gezahlt wird, finanziert. Müsste Barendorf auf dem Umweg über diese Umlage doch die 120.000 € aufbringen? Nicht in voller Höhe!



V.i.S.P.: Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Gemeinderat Barendorf, Fraktionsvorsitzender: Siegfried Kublak, E-Mail: S.Kublak@t-online.de

Weil die Aufwendungen der Samtgemeinde durch die Gemeinden zu finanzieren sind, setzt eine Übertragung bzw. die freiwillige Übernahme der Aufgabe „Kinderkrippen“ voraus, dass alle Gemeinden damit einverstanden sind. Nur für alle gesetzlichen Aufgaben der Samtgemeinde gilt die Umlagefinanzierung obligatorisch. Würde bei den Kinderkrippen genauso verfahren, hätte die Samtgemeindeumlage um 5,4 % erhöht werden müssen. Da hätten die Gemeinden, die keinen Bedarf haben, niemals zugestimmt. Das hat zumindest der Fraktionsvorsitzende des Bürgerforums bis heute nicht begriffen.

Die Samtgemeinde hat folglich in vielen Gesprächen mit allen Gemeinden ausgelotet, ob es ein Finanzierungsmodell gibt, dem alle zustimmen könnten. Das wurde gefunden und in alle Räte eingebracht.

Danach sollte die Samtgemeindeumlage um 2 % erhöht werden. Damit wäre die Hälfte der benötigten Gelder finanziert. Die andere Hälfte würde geteilt: 50 % sollen auf die Gemeinden nach der Anzahl der Einwohner umgelegt und 50 % nach der Anzahl der in Anspruch genommenen Plätze gezahlt werden.

Weil niemand wissen kann, wie viele Plätze durch die einzelne Gemeinde belegt werden, mussten plausible Annahmen den Modellrechnungen zugrunde gelegt werden. Für Barendorf ergaben die Modellrechnungen, dass rund 63.000 Euro für zwei Kinderkrippen

zu zahlen wären. Also in etwa so viel, wie uns heute eine kostet..

Das reichte aber den Mehrheitsfraktionen im Barendorfer Rat nicht. In der Ratssitzung am 25.6.2010 gab es Aussagen wie z.B. das Finanzierungsmodell sei ein „Verstoß gegen die Solidarität“ oder „die vorlaufenen Gespräche mit anderen Gemeinden würden Barendorfer Ratsmitglieder unter Druck setzen“. Die Forderungen reichten von alles über die Umlage zu finanzieren bis hin, die allgemeine Umlage müsste mindestens um 3 % erhöht werden. Der Rat stimmte am 25.6.2012 gegen die Stimmen der SPD-Fraktion dem Kompromissvorschlag nicht zu! Es müsse verhandelt werden. Der Rat behalte sich die Entscheidung vor.

Am 9.7.2012 fand auf Einladung der Samtgemeinde eine Verhandlung statt, an der alle Bürgermeister und Verwaltungsausschüsse teilnahmen. Neetze, Reinstorf und Thomasburg erklärten, dass sie nur noch bereit sind, die Erhöhung der Umlage um 2 % mitzutragen. Der Rest müsste über die Plätze gezahlt werden. Nur aus Solidarität in der Samtgemeinde seien sie bereit ihren Bürgern zuzumuten, dass künftig jährlich z. B. in Neetze 25.000 € gezahlt werden, ohne dass es dafür eine Notwendigkeit gibt. Die Verhandlungen drohten zu scheitern.

Nach Unterbrechung und Beratung in Gruppen schlug der Kämmerer der Samtgemeinde eine neue Alternative vor: Die Umlage wird um 2 % erhöht. Ein Viertel des Fehlbetrages (25 %) wird als Umlage nach der Einwohnerzahl bezahlt und 75

% nach Plätzen. Das wurde nach weiteren Gesprächen schließlich von allen als Beschlussvorlage für ihre Räte akzeptiert.

Wenn in den nächsten Tagen alle anderen zugestimmt haben, dann müssten noch mit der Samtgemeinde die Modalitäten zur Übernahme der Kinderkrippe in Barendorf einschließlich des Grundstücks für den Bau der zweiten Krippe geklärt werden. Der Gemeindeentwicklungsausschuss soll darüber beraten.

Bebauungsplan Altdorf
Frau Meißner hatte beantragt, dass sich der Rat in seiner Gesamtheit ab sofort die Beratungen und Be schlussfassung für sämtliche Entscheidungen beim Bebauungsplan Altdorf vorbehält. Der Fraktionsvorsitzende des Bürgerforums unterstützte diesen Antrag.

Sprecher der Mehrheitsfraktionen unterstellten daraufhin der SPD, sie würde den anderen Fraktionen etwas Nachteiliges unterjubeln wollen. Das Ergebnis sei für Barendorf doch gut, wenn man auch etwas noch Besseres gewollt hätte. So sei das halt bei „offenen Verhandlungen“. Da gäbe es am Ende einen Kom promiss. Andere kritisierten hingegen, dass es überhaupt keine offene Verhandlung gegeben habe, weil andere ihre Vorstellungen bereits im Rat beschlossen hätten. Dass diese Beschlüsse nach der Ratssitzung in Barendorf erfolgt waren, wurde dabei einfach ausgeblendet. Die Mehrheitsfraktionen realisieren nicht wie Kommunalpolitik funktioniert.

Gut war, dass am Schluss das Verhandlungsergebnis bei einer Gegenstimme des Fraktionsvorsitzenden des Bürgerforums angenommen wurde. Nun müssen wir hoffen, dass die anderen Räte auch zustimmen. Bis 31.7.2012 will die Samtgemeinde ihr Angebot aufrechterhalten. Danach, so sagt sie,